



STUDIERENDENPARLAMENT

Das Präsidium

c/o AStA der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf
Gebäude 25.23.U1 – Universitätsstraße 1 – 40225 Düsseldorf
Tel.: (0211) 81-13281 (Sekretariat) – Fax: (0211) 81-13290 – E-Mail: sp@asta.hhu.de

23.10.2023

Beschluss 2023/24 [04.01]

Unterstützung für die durch die Eskalation in Nahost betroffenen Studierenden

Das Studierendenparlament hat am 23.10.2023 gemäß der Satzung der Studierendenschaft und den Regelungen seiner Geschäftsordnung beschlossen:

Das Studierendenparlament bekundet seine Solidarität mit den israelischen und palästinensischen Studierenden und Beschäftigten an der Heinrich-Heine-Universität. Wir sind mit unseren Gedanken bei den Opfern der Terrorangriffe der Hamas und ihren Angehörigen. Wir verurteilen den Terror zutiefst. Wir denken an die Zivilbevölkerung im Gaza-Streifen und an die vom Krieg betroffenen Zivilist*innen. Dazu sollen die folgende Stellungnahme sowie Maßnahmen beschlossen werden.

Stellungnahme:

Als Studierendenparlament der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf schließen wir uns der Erklärung der Universität an. Wir solidarisieren uns mit unseren israelischen und palästinensischen Mitstudierenden und Beschäftigten an der Heinrich-Heine-Universität. Unsere Gedanken sind bei allen zivilen Opfern und Angehörigen der Terrorangriffe der Hamas auf Israel und des daraus resultierenden Krieges.

Wir erkennen an, dass die Eskalation im Nahen Osten Folgen für das jüdische Leben in Deutschland und somit auch für das Leben auf unserem Campus hat. Wir verurteilen jeglichen Antisemitismus und sind bestürzt über die aktuelle Eskalation der antisemitischen Gewalt in unserer Gesellschaft.

Wir erkennen ebenfalls an, dass Palästinenser*innen und Muslim*innen im Kontext der aktuellen Eskalation mit einem Anstieg an rassistischer und islamfeindlicher Gewalt betroffen sind. Es darf keine Stigmatisierung von palästinensischen und muslimischen Studierenden und Stimmen geben.

Unter der Eskalation in Deutschland verstehen wir sowohl gewalttätige Akte als auch die Produktion, Akzeptanz und Reproduktion von antisemitischen Stigmata sowie von Rassismus.

Wir begrüßen das Handeln der Universität, Maßnahmen zu treffen, um alle durch den Krieg und das gestiegene Ausschreibungspotential betroffene Angehörige der Universität zu unterstützen.

Als oberstes Organ der verfassten Studierendenschaft schließen wir uns der Arbeit der Rektorin an und beschließen daher folgende Maßnahmen, um den universitären Alltag insbesondere für betroffene Studierende zu erleichtern und die Sicherheit auf dem Campus bestmöglich zu stärken.

Wir rufen alle Organe und Gremien an der Heinrich-Heine-Universität dazu auf, den Krieg im Nahen Osten und die resultierende Lage in Deutschland in ihrer Arbeit zu berücksichtigen und im Rahmen ihrer Möglichkeiten an der Umsetzung der Maßnahmen mitzuwirken.

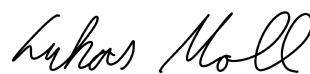
Maßnahmen:

- Bis auf Weiteres soll für Studierende, die aktuell aufgrund psychologischer Belastung nicht in der Lage sind, Prüfungsleistungen zu erbringen, eine außerordentliche Freiversuchsregelung gewährleistet werden sowie Anwesenheitspflichten für betreffende Lehrveranstaltungen ausgesetzt werden.
- Die akademischen Gremien werden angehalten, zusätzliche Tutor*innen zur Unterstützung bei Leistungen wie Übungsblättern und Hausarbeiten zur Verfügung zu stellen.
- Gemeinsam mit den relevanten universitären Stellen soll der AStA die bereits bestehenden Beratungsangebote ausbauen und fortlaufend auch auf außeruniversitäre Beratungsstellen hinweisen sowie diesen nach Möglichkeit Kooperationen anbieten.
- Im AStA soll eine Projektstelle geschaffen werden, welche den Arbeitsschwerpunkt der Organisation von Safer-Space-Veranstaltungen sowie Begegnungsräumen für durch den Krieg betroffene Studierende umfasst. Diese soll für mindestens 3 Monate beschlossen werden und anschließend auf der entsprechenden Sitzung des Studierendenparlamentes evaluiert werden.
- Weiter sollen für die Jüdische Hochschulgruppe Räume und Ressourcen des AStAs nach Möglichkeit und Bedarf zur Verfügung gestellt werden.
- Bis zur nächsten ordentlichen Sitzung des Studierendenparlamentes soll das Studierendenparlament eine Arbeitsgruppe gründen, welche damit beauftragt wird, gemeinsam mit den Referent*innen des Referats gegen Faschismus, Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung die Möglichkeiten der Finanzierung der Gedenkstättenfahrten des AK Gedenkstättenfahrten der Hochschule Düsseldorf durch universitäre Stellen zu evaluieren und fortführende Möglichkeiten für ihre Thematisierung auf dem Campus zu besprechen.
- Gemeinsam mit SABRA NRW soll der AStA die Aufklärungsarbeit zu Antisemitismus und Rassismus stärken und Awareness-Workshops für Organe und Gremien an der HHU, wie z.B. Fachschaften und den akademischen Mittelbau, aber auch für Dozierende und weitere potentiell relevante Stellen anbieten

Düsseldorf, 23.10.2023



Magdalena Kuom
Präsidentin des SP



Lukas Moll
Stellv. Präsident des SP

